



Quelle: Flickr / Links Unten Göttingen

#BlackLivesMatter

Folgen rassistischer Gewalt einer militarisierten Polizei werden sichtbar

von: Martin Kirsch und Alexander KleiB

In den vergangenen zwei Wochen ist die Auseinandersetzung mit rassistischer Polizeigewalt in bisher unbekannter Breite in den Fokus medialer Berichterstattung und gesellschaftlicher Debatten gerückt. Auslöser war der Mord an George Floyd, einem Schwarzen¹ US-Bürger, der durch den Polizisten Derek Chauvin getötet wurde. Ein Video, das den qualvollen Erstikungstod dokumentiert, hatte sich rasend schnell verbreitet, woraufhin zunächst am Ort des Geschehens in Minneapolis, dann in zahlreichen anderen Städten in den USA und mittlerweile weltweit Proteste gegen rassistische Polizeigewalt entflammten. Bereits seit 2013 thematisiert die Black-Lives-Matter-Bewegung eine Vielzahl von Morden an Schwarzen durch Polizeikräfte und die darauf folgende Straflosigkeit.

7.666 Menschen wurden von 2014 bis 2019 von US-Polizist*innen getötet² – überproportional viele von ihnen waren Schwarze und People of Colour. Angaben der Plattform Mapping Police Violence zufolge wurden in den USA in diesem Zeitraum lediglich etwas mehr als ein Prozent der Polizist*innen nach der Tötung einer Person vor Gericht angeklagt – und von diesen wurde wiederum nur ein Viertel verurteilt.³ Letztlich ist der institutionelle Rassismus ein jahrhundertealtes und tief in der Geschichte von Kolonialismus und Sklaverei verwurzeltes Problem. Wie bereits nach den Morden an Michael Brown

2014 kommt es auch im Rahmen der aktuellen Proteste zu Plünderungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Während in der medialen Debatte häufig nach vermeintlich „extremistischen Elementen“ als Verantwortliche für die Gewaltausbrüche gesucht wird, häufen sich Stimmen wie die des TV-Moderators und Comedians Trevor Noah.⁴ Noah sieht die Gewaltausbrüche und Plünderungen als eindeutige Konsequenz der angestauten Wut über unzählige Morde, systemischen Rassismus, alltägliche Polizeigewalt und nicht zuletzt auch Armut. Darüber hinaus stellt er die Frage, warum sich die Bevölkerungsgruppen, denen durch zahllose Morde durch Gesetzeshüter*innen und die darauf folgende Straflosigkeit vorgeführt wird, dass die Regeln der Gesellschaft und ihre Gesetze zu ihrem Schutz nicht gelten, sich selbst weiter an die Regeln und Gesetze dieser Gesellschaft halten sollten.

Konfrontiert werden die Proteste unabhängig davon, ob es sich um Plünderungen oder friedliche Kundgebungen und Demonstrationen handelt, vielerorts mit militarisierten und extrem gewaltbereiten Polizeikräften. Diese wurden von Beginn an mit voller Härte eingesetzt, um den aufflammenden Protest niederzuschlagen, wobei die Brutalität und das militärische Kalkül, mit dem die Polizei vorging, die Proteste weiter anfachten.

US-Armee liefert Waffen und Ausrüstung an Polizei

Die Militarisierung der Polizeikräfte in den USA wurde national wie international bereits 2014 zum Thema, nachdem am 9. August Michael Brown, ein 18-jähriger Schwarzer US-Bürger, in Ferguson (Missouri) von einem Polizisten erschossen wurde. Der Anwalt der Familie Brown bewertete die Ereignisse als „hinrichtungsartige Tötung“.⁵ In den Folgetagen kam es zu Demonstrationen und Unruhen in Ferguson und Umgebung. Konfrontiert wurden die Demonstrant*innen mit einem Großaufgebot der Polizei, Tränengas, Gummigeschossen und nächtlichen Ausgangssperren. Zur Durchsetzung der Ausgangssperren und der Zerschlagung der Proteste zielten paramilitärisch ausgerüstete Polizeikräfte mit Kriegswaffen auf Protestierende, während Panzerfahrzeuge in den Straßen patrouillierten. In der folgenden Debatte wurden neben systemischem Rassismus und Polizeigewalt auch die Ausrüstung und das Vorgehen der Polizei nach militärischem Vorbild zum Thema.

Im Rahmen des „War on Drugs“ (Krieg gegen Drogen) in den 1980er Jahren begann das US-Militär, ausgemustertes Gerät, Fahrzeuge, Waffen und Ausrüstung an Polizeibehörden weiterzugeben.

Seit 1997 ermöglicht das unter US-Präsident Bill Clinton verabschiedete „Programm 1033“ die kostenlose Weitergabe von überschüssigem Material des Pentagon an Polizeibehörden.⁶ Einen Aufschwung erlebte das Programm nach der Ausrufung des „Kriegs gegen den Terror“ ab 2001 und erneut nach dem Abzug großer Truppenverbände der US-Armee aus dem Irak 2011.

Damit wurde in den letzten gut 20 Jahren durch die Armee für militärische Missionen in Übersee angeschafftes Material im Gegenwert von mindestens fünf Milliarden US-Dollar an Polizeibehörden weitergegeben.

Mit diesen Waffen, Panzerfahrzeugen und Uniformen aus den Kriegen in Afghanistan und dem Irak in den Händen der Polizei breitet sich seit den 1980er Jahren auch eine Mentalität aus, die Polizeiarbeit zunehmend als Kriminalitätsbekämpfung im Sinne von militärischer Härte versteht.

Dieser Logik folgend haben auch kleinste lokale Polizeibehörden mit dem Material des US-Militärs paramilitärische Spezialeinheiten (SWAT) eingerichtet, die bis in die 1980er Jahre nur als Notfallstrukturen in Großstädten existierten.

Sind sie erst einmal eingerichtet, werden SWAT-Einheiten oft für Razzien (no knock warrants) eingesetzt, bei denen – auch wegen dem Verdacht auf kleinere Vergehen wie Drogenbesitz in geringem Umfang – Wohnhäuser nach militärischem Vorbild gestürmt werden.⁷

Bei Razzien dieser Art kommt es neben alltäglichen Gewaltexzessen immer wieder zu tödlichen Schüssen auf Bewohner*innen. Überproportional häufig wird dieses Vorgehen gegen die Schwarze Bevölkerung angewendet. Der letzte bekannte Fall in einer langen Liste ist der Tod der Schwarzen Krankenschwester Breonna Taylor, die bei einer im Nachhinein als völlig grundlos zu bewertenden Razzia am 13. März 2020 in ihrer Wohnung von Beamten der Polizei Louisville erschossen wurde.⁸ Die Breite, Ausdauer und Heftigkeit der aktuellen Proteste nach dem Tod von George Floyd steht in direktem Zusammenhang mit dem Fall von Breonna Taylor, deren Tod in der Black-Lives-Matter-Bewegung und der Schwarzen Community in den USA, wie bereits so viele Morde zuvor, nicht vergessen wurde.

Hatte die Präsenz von militärischem Gerät in den Händen der Polizei 2014 in Ferguson noch zu einem öffentlichen Aufschrei in den USA geführt – selbst Präsident Obama fühlte sich genötigt kritisch Stellung zu beziehen – scheint sich dieses Bild mittler-

weile bereits normalisiert zu haben. In dieser Gemengelage war Präsident Trump zwischenzeitig bereit, einen Schritt weiter zu gehen und drohte mit dem Einsatz von regulären Truppen der Armee (active duty forces) gegen die Protestierenden.

Keine rein US-amerikanischen Phänomene

Die Geschichte der USA – Sklaverei, das System der „Rassen“trennung und die breite Bewaffnung der Bevölkerung – macht eine einfache Gleichsetzung mit den Verhältnissen in Deutschland unmöglich. Ein Blick auf die hiesigen Verhältnisse lässt allerdings auch in der Bundesrepublik ähnliche Phänomene sichtbar werden. Systemischer Rassismus in der Gesamtgesellschaft, institutioneller Rassismus in Behörden und Gesetzestexten, rassistisches Handeln von Polizeibeamt*innen von Racial Profiling über Gewaltanwendung und Folter bis hin zu Todesfällen sind auch hier keine Seltenheit.

Zudem ist auch in Deutschland Polizeigewalt, fehlende Transparenz und eine klare Tendenz zur Strafflosigkeit von Beamt*innen⁹ zu beobachten. Auch in Deutschland sterben jedes Jahr Menschen durch Schusswaffengebrauch oder sonstige Gewalteinwirkung von Polizeibeamt*innen. Überproportional häufig sind sie psychisch krank oder befinden sich in einer akuten psychischen Ausnahmesituation.¹⁰

Say Their Names

Auch in Deutschland sterben immer wieder Schwarze Menschen und People of Colour bei Einsätzen von Polizist*innen und Sicherheitsleuten, durch unterlassene Hilfeleistung von Amtsträger*innen oder unter ungeklärten Umständen in Polizei- und Gefängniszellen.

- Halim Dener (1994/ Hannover/ von SEK in zivil beim Plakatieren in den Rücken geschossen)
- Kola Bankole (1994/ Frankfurt am Main/ bei Abschiebeversuch nach Zwangseinflößung von Psychopharmaka, gefesselt und geknebelt durch BGS-Beamte erstickt)
- Dr. Zdravko Nikolov Dimitrov (1999/ Braunschweig/ nach angedrohtem Selbstmordversuch wegen drohender Abschiebung durch SEK erschossen)
- Aamir Ageeb (1999/ Lufthansa-Flug LH 588/ auf Abschiebeflug gefesselt durch BGS-Beamte erstickt)
- N'deye Mareame Sarr (2000/ Aschaffenburg/ erschossen von Polizisten)
- Achidi John (2001/ Hamburg/ Tod nach Brechmitteleinsatz)
- Laye-Alama Condé (2005/ Bremen/ Tod nach Brechmitteleinsatz)
- Oury Jalloh (2005/ Dessau/ in Polizeizelle verprügelt und verbrannt)
- Dominique Kouamadio (2006/ Dortmund/ von Polizisten erschossen)
- Mohammed Sillah (2007/ Remscheid/ Tod nach mehrfacher Verweigerung eines Krankenscheins/Krankenwagens durch Arzt, Ämter und Heimpersonal)
- Slieman Hamade (2010/ Berlin/ Herzstillstand nachdem Polizist*innen, die auf ihm saßen, Pfefferspray in sein Gesicht sprühten)
- Christy Schwundek (2011/ Frankfurt Main/ nach Streit im Jobcenter von Polizisten erschossen)
- Ousman Sey (2012/ Dortmund/ von Krankenwagen trotz Herzrasen und Krämpfen abgelehnt und im Polizeigewahrsam gestorben)
- Yaya Jabbe (2016/ Hamburg/ U-Haft wegen geringer Menge

Marihuana, angeblicher Selbstmord ohne erkennbare Vorzeichen in JVA)

-- Hussam Fadl (2016/ Berlin/ von Polizisten nach Streit in Geflüchtetenunterkunft erschossen)

-- Amed A. (2017/ Kleve/ verbrannt in Gefängniszelle, in der er nur aufgrund manipulierter Polizeidaten saß)

-- Matiullah Jabarkhil (2018/ Fulda/ nach Steinwürfen auf Bäckerei von Polizisten erschossen)

-- William Tonou-Mbobda (2019/ Hamburg/ Tod nach Fixierung durch Security der Psychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf)

-- Rooble Muse Warsame (2019/ Schweinfurt/ in Polizeizelle angeblich selbst erhängt. Der Körper wies allerdings keine Würgemale, sondern äußere Verletzungen auf)

-- Adel B. (2019/ Essen/ erschossen von Polizisten nach ange drohtem Selbstmordversuch)

Diese erschreckende, aber noch immer unvollständige Liste¹¹ macht klar, dass es sich bei der immer wieder gebrauchten Floskel vom „Einzelfall“ um eine untragbare Verharmlosung handelt, die eine Diskussion über systemische Probleme mit Gewaltanwendung und Rassismus in der Polizei verunmöglichen soll. Allen Fällen gemein ist der mangelnde Aufklärungswille von Polizei und Staatsanwaltschaften.

Aufklärung und Transparenz unerwünscht

Doch selbst Minimalforderungen, wie die u.a. von Amnesty International wiederholt geforderte¹² Einführung tatsächlich unabhängiger und mit eigenen Ressourcen ausgestatteter Ermittlungsstellen, die ein Mindestmaß an Transparenz und Ermittlungsdruck herstellen könnten – aktuell ermitteln Polizist*innen gegen ihre Kolleg*innen – werden von den Polizeigewerkschaften und diversen Politiker*innen, weit über konservative Kreise hinaus, zurückgewiesen.

Aktuell läuft die Gewerkschaft der Polizei Sturm gegen ein neues Antidiskriminierungsgesetz, das in Berlin beschlossen wurde. Kommt es zu einer Ermittlung wegen diskriminierendem Verhalten gegen eine Berliner Behörde – darunter auch die Polizei – soll diese in Zukunft belegen müssen, dass dieses diskriminierende Verhalten nicht stattgefunden hat. Die Beweislast würde somit von der Betroffenenenseite auf die Behördenseite übergehen.¹³ Obwohl es sich dabei um verwaltungsrechtliche Vorgänge und nicht um Strafrecht gegenüber einzelnen Beam*innen handelt, geht die Polizeigewerkschaft soweit, die Innenministerien anderer Bundesländer aufzufordern, keine Polizeikräfte für Großeinsätze mehr nach Berlin zu schicken, nachdem das Gesetz nun beschlossen wurde. Ähnliche Proteststürme sind auch gegen die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeam*innen bekannt, die es zumindest ermöglichen würde, gewalttätige Beam*innen zu identifizieren. Dieses Vorgehen – selbst gegen minimale Reformen der Rechenschaftspflicht von Polizeibehörden – zeigt, wie auch in Deutschland versucht wird, einen Raum der Undurchsichtigkeit und damit Straflosigkeit für Polizeikräfte mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Militarisierung der Polizei in Deutschland

Währenddessen ist spätestens mit der Terrorhysterie seit 2015 auch in den 17 deutschen Polizeibehörden eine klare Tendenz der Militarisierung festzustellen. In den letzten fünf Jahren wurden Spezialeinheiten aufgestockt und weiter in der Fläche

verteilt. Sieben Länderpolizeien und die Bundespolizei haben neue Panzerwagen nach militärischem Vorbild beschafft. Fünf Länderpolizeien haben – z.T. auch für die Besatzung der Streifenwägen – Sturmgewehre in größeren Mengen angeschafft. Titanhelme und schwere schussichere Westen, wie sie zuvor nur beim Militär und in Spezialeinheiten getragen wurden, haben bundesweit Einzug in die Streifenwägen gehalten. Zudem werden die Streifenbeamt*innen bundesweit für sogenannte „lebensbedrohliche Einsatzlagen“ in paramilitärischen Intensivkursen weitergebildet.¹⁴ Auch hierzulande ist eine Verschiebung der polizeilichen Logik und Mentalität hin zu einer zunehmend militärischen Perspektive auf Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung festzustellen. Ein erstes Bild davon, wie diese Logik und das neue Material auch gegen Demonstrationen und Straßenproteste in Stellung gebracht werden können, zeigte sich während des G20-Gipfels in Hamburg 2017.¹⁵

Passend dazu wurden in den letzten Jahren in diversen Bundesländern die Polizeigesetze verschärft, wobei zu Ungunsten von Transparenz und Bürgerrechten die Befugnisse der Behörden ausgeweitet wurden. Die baden-württembergische Landesregierung plant sogar, während der Corona-Pandemie – und noch während alle Welt über Polizeigewalt diskutiert – die nächste Verschärfung des Polizeigesetzes. Bereits am 25. Juni 2020 ist die erste Lesung im Landtag geplant und schon im Juli soll das Gesetz still und heimlich verabschiedet werden.¹⁶

Bei allen Unterschieden handelt es sich bei rassistischer Polizeigewalt und der Militarisierung der Polizei also keineswegs um rein US-amerikanische Probleme – vielmehr gibt es in Deutschland ebenfalls gute Gründe, in Solidarität mit den Protesten in den USA, aber auch mit einem klaren Blick auf die hiesigen Probleme, auf die Straße zu gehen.

Anmerkungen

- Schwarz wird in diesem Text grundsätzlich großgeschrieben, weil es sich hier nicht um eine Beschreibung der Hautfarbe, sondern um einen Begriff für eine soziopolitische Gruppe mit spezifischer Rassismuserfahrung handelt, der von Vertreter*innen dieser Gruppe als Selbstbezeichnung genutzt wird.
- Statista: US-Polizeibeamte landen kaum vorm Richter. 2020.
- Ebd.
- Youtube: George Floyd, Minneapolis Protests, Ahmaud Arbery & Amy Cooper | The Daily Social Distancing Show, 29.5.2020
- DW: Fergusons Polizei macht erneut keine gute Figur, 16.8.2014
- Zeit Online: Die Krieger von Ferguson, 21.8.2014
- Peter B. Kraska: Militarization and Policing—Its Relevance to 21st Century Police, 13.12.2007
- Spiegel: US-Polizisten erschossen schwarze Rettungssanitäterin, 13.5.2020
- T-online.de: Warum kaum ein Polizist wegen Gewalt im Dienst verurteilt wird, 25.5.2018
- TAZ: Dossier – Tödliche Polizeischüsse, o.D.
- Die Schreibweisen der Namen sind aus den jeweiligen Quellen übernommen.
- Amnesty International: Unabhängige Untersuchungsmechanismen in Fällen von rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland. 2018.
- Cilip: Polizeigewerkschaften fürchten neues Antidiskriminierungsgesetz, 28.5.2020
- IMI-Analyse: Paramilitärische Polizei – Vorbild Bundeswehr, 18.6.2019
- IMI-Analyse: Spezialeinheiten gegen Menschenmengen, 20.7.2017
- IMI-Analyse: Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise, 14.04.2020



ANTIMILITARISMUS BRAUCHT ANALYSEN, IMI BRAUCHT EUCH!

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

JEDE FORM DER UNTERSTÜTZUNG IST SEHR WILLKOMMEN!

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

